Die Tageszeitung

junge Welt

Krieg und die Folgen

Gespräch mit Hernando Calvo Ospina über Kolumbiens Oligarchie, die Friedensverhandlungen mit der FARC-Guerilla und den Einfluß der USA. Außerdem: Fotoreportage von Gabriele Senft aus Belgrad 15 Jahre nach dem NATO-Bombardement **Wochenende**

Gegründet 1947 · ***Sonnabend/Sonntag, 29./30. März 2014*** · *Nr. 75* · *1,70 Euro* · ***PVSt A11002*** · *Entgelt bezahlt* **www.jungewelt.de**

Ukraine-Krise I
Putsch im Putsch: »Rechter Sektor« stürmt Kiewer Parlament. Medien schüren Kriegsstimmung **3**

Ukraine-Krise II
Moskaus »Landraub« auf der Krim und die Geschichte der Vereinigten Staaten. Von Mumia Abu-Jamal **6**

Ukraine-Krise III
Knappe Mehrheit in der UNO gegen Krim-Beitritt: US-Präsident Obama sieht Rußland »allein in der Welt« **7**

Ukraine-Krise IV
Nach dem Staatsstreich: Börsenanlegerportal provoziert Diskussion um Soforthilfe Washingtons an Kiew **9**

Erdogan plant Krieg

Lauschangriff auf Regierung beweist: Geheimdienstoperation soll türkischen Einmarsch in Syrien rechtfertigen. Nach Twitter verbietet Ankara auch Youtube. **Von Nick Brauns**

STRINGER TURKEY/REUTERS

Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan unter Druck: Den Ausweg sieht er offenbar in einem Angriff auf Syrien

Die islamisch-konservative AKP-Regierung in Ankara erwägt, durch Geheimdienstoperationen einen Vorwand für einen türkischen Militäreinmarsch in Syrien zu schaffen. Vier Tage nach dem Abschuß eines syrischen Kampfflugzeuges im Grenzgebiet wurde am Donnerstag auf der Internetplattform Youtube ein geheimer Gesprächsmitschnitt aus dem Büro des türkischen Außenministers veröffentlicht. Vier Männer, bei denen es sich um Außenminister Ahmet Davutoglu und seinen Staatssekretär Feridun Hadi Sinirlioglu, Geheimdienstchef Hakan Fidan und Vizegeneralstabschef Yasar Güler handeln soll, beraten darin über einen Einmarsch türkischer Panzer nach Syrien. »Ohne einen überzeugenden Vorwand können wir US-Außenminister Kerry nicht klarmachen, daß wir zu harten Maßnahmen greifen müssen«, meint Davutoglu, worauf Staatssekretär Sinirlioglu vorschlägt, einen Einmarsch als Antiterroroperation gegen die zum Al- Qaida-Netzwerk gehörende Gruppe »Islamischer Staat im Irak und Syrien« (ISIS) auszugeben. Die im Norden Syriens stark vertretene ISIS hatte damit gedroht, das Grabmal von Süleyman Sah, dem Großvater des Begründers der Osmanen-Dynastie, dem Erdboden gleichzumachen. Das 25 Kilometer von der Grenze entfernt in der syrischen Provinz Aleppo gelegene Grab gilt völkerrechtlich als türkisches Territorium und wird von rund zwei Dutzend türkischen Elitesoldaten geschützt. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan habe einen Angriff auf das Grabmal als Chance bezeichnet, berichtet Davutoglu. Es sei kein Problem, einen Anlaß zum Losschlagen zu finden, meint Geheimdienstchef Fidan. »Wenn es nötig ist, kann ich vier Männer nach Syrien schicken. Ich würde sie acht Granaten auf die türkische Seite abfeuern lassen und einen Vorwand für einen Krieg schaffen.« Die Agenten könnten auch einen Angriff auf das Grabmal inszenieren. »Was wir hier vorhaben, ist ein direkter Kriegsgrund«, stellt General Güler nun klar.

Die AKP-Regierung versuchte gar nicht erst, die Authentizität des Mitschnitts zu bestreiten. Eine Beratung über den Schutz des Süleyman-Shah-Grabes sei allerdings »verzerrt« wiedergegeben worden, heißt es aus dem Außenministerium. Davutloglu nannte den Lauschangriff auf das »streng geheime Gespräch« in seinem Arbeitszimmer eine »offene Kriegserklärung gegen die Türkische Republik«.

Erdogan beschuldigte seine langjährigen Verbündeten und nunmehrigen Gegner von der über erheblichen Einfluß im Staatsapparat verfügenden Fethullah-Gülen-Gemeinde, für den Lauschangriff verantwortlich zu sein. Im Vorfeld der Kommunalwahlen am Sonntag, die als Referendums über Erdogans Zukunft gehandelt werden, wurden mehrfach Gesprächsmitschnitte veröffentlicht, die Erdogan etwa in der derzeitigen Korruptionsaffäre gegen führende AKP-Politiker erheblich unter Druck setzen.

Die Regierung reagiert mit Medienzensur. Aus »Gründen der nationalen Sicherheit« wurde der Zugang zum Videoportals Youtube blockiert. Die Fernsehzensurbehörde RTÜK verbot die Wiedergabe illegaler Gesprächsmitschnitte, und dem Gülen-nahen Sender Kanaltürk wurde die Lizenz zur landesweiten Ausstrahlung entzogen.

◆ Siehe Kommentar Seite 8

Steinmeier mahnt zu Zurückhaltung

Bundesaußenminister kritisiert öffentliche Debatte über stärkere NATO-Präsenz im Osten

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hat die öffentlichen Forderungen nach einer stärkeren NATO-Präsenz in den östlichen Mitgliedsstaaten wegen der Krim-Krise kritisiert. Er verstehe nicht, »daß solche Debatten, wie sie jetzt im NATO-Rat in der nächsten Woche stattfinden, über die Öffentlichkeit stattfinden«, sagte der SPD-Politiker am Freitag in Berlin. Er versicherte, daß Deutschland in der Diskussion eine »verantwortungsvolle« Rolle einnehmen werde. Am Dienstag und Mittwoch kommen die NATO-Außenminister in Brüssel zusammen, um über Konsequenzen aus der Krim-Krise zu beraten. Die baltischen Staaten, Polen und Rumänien dringen auf eine stärkere NATO-Präsenz im Osten des Bündnisses. Unterstützt werden sie von den USA.

Laut einem Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom Freitag nimmt Deutschland bei den Vorbereitungen des NATO-Treffens eine »passive und zögerliche Rolle« ein und soll als »Bedenkenträger« auftreten. In dem Bericht heißt es weiter, daß in der NATO neben der verstärkten Luftraumüberwachung über dem Baltikum über Übungen in Osteuropa und die Entsendung von Schiffen in die östliche Ostsee diskutiert werde.

Laut Steinmeier geht es in der gegenwärtigen Debatte aber noch um mehr. »Natürlich sind die Erwartungen mancher Staaten viel weitgehender als das, was die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am heutigen Tage berichtet hat«, sagte er. Zur angeblichen Zurückhaltung Deutschlands sagte der Außenminister: »Ich halte nur überhaupt nichts davon, daß wir noch bevor die Minister die Vorlagen auf dem Tisch haben, bereits in ein öffentliches Blame-Game (gegenseitige Vorwürfe), wer mehr oder wer weniger in der Lage zu leisten ist, eintreten.« Dazu sei die Lage zu ernst.

Den Militärpakt anführen soll fortan der frühere norwegische Regierungschef Jens Stoltenberg. Das wurde am Freitag nachmittag bekannt. Der jetzige Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen scheidet am 30. September aus. (dpa/jW)

Israel will Gefangene nicht freilassen

Jerusalem. Die israelische Regierung hat nach Angaben des palästinensischen Vertreters Dschibril Radschub die für Samstag geplante Freilassung von 26 gefangenen Palästinensern und arabischen Israelis abgesagt. »Die israelische Regierung hat uns über den amerikanischen Vermittler darüber informiert, daß sie ihre Zusage nicht einhalten wird, eine vierte Gruppe von palästinensischen Häftlingen freizulassen«, sagte Radschub am Freitag der Nachrichtenagentur *AFP*. Der palästinensische Präsident Mahmud Abbas hatte zuletzt mehrfach erklärt, die PLO werde nach dem 29. April nur weiterverhandeln, wenn Israel zusätzliche Gefangene freiläßt und den zuletzt stark beschleunigten Siedlungsausbau in den seit 1967 besetzten Palästinensergebieten während der Gespräche stoppt. (AFP/jW)

Wieder eine Stunde Schlaf geklaut

PATRICK PLEUL/DPA

An diesem Wochenende beginnt die Sommerzeit. In der Nacht zu Sonntag werden die Uhren eine Stunde vorgestellt. (dpa/jW)

Chinas Präsident auf Staatbesuch

Berlin. Der chinesische Präsident Xi Jinping ist in Berlin zum Auftakt seines Besuchs in Deutschland mit Bundespräsident Joachim Gauck zusammengetroffen. »Die großen Fragen des 21. Jahrhunderts sind nur gemeinsam mit China zu lösen«, sagte Gauck laut Redetext am Freitag bei einem Empfang im Schloß Bellevue. Es ist der erste Staatsbesuch eines chinesischen Präsidenten in Deutschland seit acht Jahren. Xi wird von einer Wirtschaftsdelegation begleitet. Zahlreiche Abkommen sollen unterzeichnet werden. China ist der wichtigste Wirtschaftspartner der Bundesrepublik in Asien und der drittgrößte weltweit.

(AFP/dpa/jW)

***junge Welt* wird herausgegeben von 1522 Genossinnen und Genossen** (Stand 20.3.2014).
Informationen: www.jungewelt.de/lpg